

Erzieherausbildung | 20.02.2020 | Nr. 71/20

## Peer Knöfler: TOP 21: Fortsetzung der Fachkräfteoffensive nötig!

Es gilt das gesprochene Wort!

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,

lassen sie uns bitte einmal folgendes Szenario gemeinsam vorstellen:

Eine Familie auf dem Land, Mutter, Vater, Kind – das Kind im besten Teenager Alter so um die 15 Jahre – gemeinsam am Mittagstisch. In einigen Familien sicher schwer vorstellbar, aber das gibt es!

Die Familie isst gemeinsam und unterhält sich über die Zukunft des Sprösslings, nämlich über den anstehenden Führerschein der in anderthalb Jahren begonnen werden kann. Im Laufe dieses Gespräches stellt sich raus, dass die Finanzierung des Führerscheins noch unklar ist. Die Familie einigt sich auf folgendes: Der Nachwuchs sucht sich einen Job, sein Verdienst spart er für den Führerschein. Die Eltern sagen ihm für die nächsten zwei Jahre einen monatlichen Betrag zu, um sein Ziel zu erreichen.

Ein Jahr später, sitzen wieder alle am gemeinsamen Mittagstisch und die Eltern eröffnen ihrem nun 16 Jahre alten Teenager, der in einem halben Jahr mit dem Führerschein anfangen könnte, dass sie den vereinbarten monatlichen Betrag nicht mehr zahlen werden.

Viele von Ihnen haben Kinder, wenn nicht, dann waren auch sie alle einmal Teenager. Und wie dieses gemeinsame Mittagessen enden könnte, lass ich jetzt mal offen...

Und komme nun zu unserem Antrag „Förderung der praxisintegrierten Ausbildung für angehende Erzieherinnen und Erzieher fortsetzen“.

300 Mio. Euro für den Zeitraum von August 2019 bis 2022 wurden von der Bundesfamilienministerin zugesagt, um konkrete Verbesserungen zu erreichen, für 5000 Fachschülerinnen und Schüler durch eine zusätzliche Ausbildungsvergütung, für 2500 Anleiterinnen und Anleiter durch bessere Ausbildungsbedingungen und 2500 besser bezahlte Erzieherinnen und Erzieher durch einen Aufstiegsbonus. Damit wollte Frau Giffey an die Aufwertung des Erzieherberufes, an die Maßnahmen der Länder zur Fachkräftesicherung, an das GUTE-KITA Gesetz und an den Ausbau der Ganztagsbetreuung der Grundschulen anknüpfen lassen. Und nach einem Jahr soll

das alles nicht mehr sein?

Auf die Frage „Warum?“ gibt's die Antwort: „Der Bund kann nur Starthilfe geben. Die Länder sind selbst in der Pflicht.“

Das ist vielleicht richtig, aber die Starthilfe war mit 300 Mio. Euro und über einen Zeitraum von zwei Jahren dotiert!

Da ergibt sich für mich die Frage: „Wo bleibt da die Planungssicherheit, die Verlässlichkeit einer Bundesfamilienministerin der Bundesregierung für uns als Land, denn wir haben hier im Land alle Voraussetzungen für die PiA Klassen an bereits sieben Schulen geschaffen. Und .....wo bleibt die Planungssicherheit für die Träger der Kindertageseinrichtungen?“

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

das ist eindeutig Wortbruch der Bundesregierung! Das dürfen wir nicht einfach hinnehmen. Deswegen bitten wir, die Fraktionen der CDU, Bündnis90/Die Grünen und FDP, die Landesregierung sich auf Bundesebene aktiv für eine Fortsetzung der Fachkräfteoffensive über das Ausbildungsjahr 2019/2020 hinaus einzusetzen.

Einem bundesweiten Fachkräftemangel von rund 191.000 Erzieherinnen und Erzieher bis zum Jahr 2025 muss gezielt entgegengewirkt werden.

Um an die auch durch die Fachkräfteoffensive bereits erreichten positiven Entwicklungen unmittelbar anzuknüpfen und insbesondere der hohen Nachfrage nach dem Ausbau praxisintegrierter Ausbildungen gerecht werden zu können, fordern wir, mit unserem Antrag, den Bund respektive die SPD Ministerin auf, ihr Förderprogramm wie ursprünglich geplant auch für das Schuljahr 2020/2021 weiterzuführen.

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, stecken den Kopf in den Sand und machen wiederholt, wie beim Lärmschutz für die Hinterlandanbindung der FBQ den Fehler zuerst Landesgelder einstellen zu wollen, anstatt zugesagte Gelder vom Bund einzufordern. Von daher ist Ihr Alternativantrag in meinen Augen obsolet.

Das Förderprogramm der Bundesregierung bis 2022 ist eine gute Maßnahme, die wir als Land Schleswig-Holstein durchaus als eine Starthilfe ansehen, an die 2022 anknüpft werden muss.

Um den großen Bedarf an gut qualifizierten Erzieherinnen und Erzieher weiterhin zu unterstützen, bitten wir um Zustimmung des Antrages der Fraktionen der CDU, Bündnis90/Die Grünen und der FDP und um Ablehnung des Alternativantrages.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.